

Parteitag der SPD Düsseldorf



9. April 2011, Heinrich-Heine-Gesamtschule Düsseldorf

I Parteitagsunterlagen I Anträge I Rechenschaftsberichte I

1 **Antrag 1**

2 **Flüchtlingssituation in Libyen**

3
4 **Antragsteller:** Stadtbezirk 7 der SPD Düsseldorf

5 **Adressat:** Parteivorstand der SPD, SPD-Bundestagsfraktion, Fraktion der Sozialdemokraten im
6 Europaparlament

7 **Votum der Antragskommission:**

8
9
10 **Die SPD fordert angesichts der Flüchtlingssituation in Libyen und auf der italienischen Insel**
11 **Lampedusa eine deutsche Initiative mit dem Ziel, den Flüchtlingen wirksame Hilfe zu leisten und sie**
12 **entsprechend der Bevölkerungszahl der EU-Länder auf diese zu verteilen.**

13
14 **Dies muss jetzt aus humanitären Gründen schnellstmöglich geschehen – im Sinne einer**
15 **Sonderregelung; ungeachtet der bestehenden Asylregelungen auf deutscher und europäischer Ebene.**

16
17 **Die Asylgesetze müssen darüber hinaus im Lichte der aktuellen Situation rund um das Mittelmeer und**
18 **insbesondere in Nordafrika dringend überarbeitet werden, um eine humane und den europäischen**
19 **Traditionen gerecht werdende Flüchtlingspolitik in der EU wieder möglich zu machen.**

20
21 **Begründung:**

22 Angesichts des Flüchtlingseinsatzs muss unser Deutschland auf dem Gebiet der humanitären Hilfe endlich klar
23 Flagge zeigen. Das gebietet das Recht der Flüchtlinge auf Überleben und auf ein Leben in Würde.
24 Hier können wir unseren wirtschaftlichen Erfolg nutzbringend für die Ärmsten unserer Nachbarn einsetzen
25 und sollten dies auch tun!

26
27 Gerade mit Blick auf die umstrittene Position Deutschlands zum Libyen-Konflikt und seine Rolle als nicht
28 unbedeutender Waffen-Exporteur in die umkämpfte Region stünde unserem Land eine Initiative auf
29 humanitärem Gebiet mehr als gut zu Gesicht.

1 **Antrag 2**

2 **Doppelmandate**

3
4 **Antragsteller:** OV Bilk- Unterbilk –Hamm- Hafen

5 **Adressat:** UB-Parteitag

6 **Votum der Antragskommission:**

7
8
9 **Ein Mitglied des Deutschen Bundestages darf nicht als Delegierte bzw. Delegierter zum**
10 **Bundesparteitag kandidieren. Ein Mitglied des Landtages NRW darf nicht als Delegierte bzw.**
11 **Delegierter zum Landesparteitag kandidieren.**

12
13 **Begründung:**

14
15 In der Vergangenheit hat es sich oft gezeigt, dass Delegierte des Unterbezirkes Düsseldorf, die gleichzeitig
16 MandatsträgerInnen auf der entsprechenden Ebene waren, sich auf Landes- bzw. Bundesparteitagen an
17 die Beschlüsse ihrer Fraktion gebunden fühlten und nicht an die Beschlüsse des Unterbezirksparteitages. Das
18 ist aus Sicht der MandatsträgerInnen durchaus nachzuvollziehen, kann aber nicht im Interesse des
19 Unterbezirkes sein. Parteitage sind ein wichtiges Kontrollgremium der jeweiligen Ebene und das Instrument,
20 um Inhalte von „unten nach oben“ zu transportieren. Wenn man Parteitage als politisches Instrument ernst
21 nimmt, dann schließen sich im Sinne des Antrages verstandene „Doppelmandate“ aus und sind zu verbieten.
22

1 **Antrag 3**

2 **Erweiterung und Verbesserung der Bürgerbeteiligung bei**
3 **Planungsvorhaben**

4
5 **Antragsteller:** OV Düsseldorf-Mitte

6 **Adressat:** Bundestagsfraktion der SPD, Ministerpräsidentin des Landes NRW (für Bundesrat)

7 **Votum der Antragskommission:**
8
9

10 Aus Anlass der Projekte „Stuttgart 21“ und „CO-Pipeline“ ist es notwendig, die Mitbestimmungsrechte der
11 Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und zu erweitern.

12
13 1. Mitbestimmungsrechte vor dem Planfeststellungsverfahren.

14 Bei Planfeststellungsverfahren ist die Bürgeranhörung nach §73 Verwaltungsverfahrensgesetzbuch
15 (Bund) bzw. §28 Verwaltungsverfahrensgesetzbuch (NRW) vorgeschrieben. Dabei wird jedoch den
16 betroffenen Bürgern ein Plan vorgelegt, an dem nur noch marginal geändert werden kann. Häufig
17 werden Einsprüche abgelehnt mit der Berufung auf eine bestehende Gesetzeslage oder mit der
18 Begründung des Fortschrittes des Projektes. Keinesfalls besteht in dieser Phase die Möglichkeit, das
19 Projekt selbst zu hinterfragen.

20
21 Deshalb muss die Bürgerbeteiligung dahingehend erweitert werden, dass zunächst die Absicht einer
22 Planung öffentlich bekannt gegeben und vorgestellt werden. Nur so haben die Betroffenen die
23 Möglichkeit, die beabsichtigte Planung in Frage zu stellen.
24

25 2. Mitbestimmungsrechte während des Planung.

26 Wie beim Projekt „Stuttgart 21“ bemerkt werden kann, vergeht häufig eine geraume Zeit vom
27 Beginn der Planung (nach dem Planfeststellungsbeschluss) bis zur Realisierung (hier 17 (?) Jahre).
28 Während dieser Zeit können entweder die Planungsabsichten durch neue Erkenntnisse überholt oder
29 Teile der Planung hinfällig sein.
30

31 Deshalb muss die Bürgerbeteiligung dahingehend erweitert werden, dass während der Zeit vom
32 Planfeststellungsbeschluss bis zur Realisierung in regelmäßigen Abständen (5 (?) Jahre) oder zu
33 bemerkenswerten Anlässen während der Planung die Bürgeranhörung zu wiederholen ist. Auch hier
34 muss noch die Möglichkeit bestehen, die Planung aufzuheben.
35

36 3. Kreis der Betroffenen

37 In den Kreis der Betroffenen sind regelmäßig auch „nicht direkt Betroffene“ einzubeziehen. Auf die
38 Auslegung darf nicht verzichtet werden, auch wenn scheinbar der Kreis der Betroffenen bekannt ist.
39
40

41 Begründung mündlich
42

1 **Antrag 4**

2 **Einhaltung der Quote auf Parteitag**

3
4 **Antragsteller:** ASF Düsseldorf

5 **Adressat:** Bundesparteitag

6 **Votum der Antragskommission:**

7
8
9
10 **Der UB Düsseldorf beschließt, auf dem nächsten SPD-Bundesparteitag einen Antrag einzubringen, der**
11 **vorsieht, das Organisationsstatut der SPD wie folgt zu ergänzen: Hält eine Gliederung bei ihrer**
12 **Parteitags-Delegation die Quote nicht ein, reduziert sich ihre Stimmzahl – und zwar in dem Maße, in**
13 **dem die Quote unterschritten wird.**

14
15 **Begründung:**

16
17 Die Quotierung in §11 (2) des Organisationsstatutes der SPD sieht vor, dass insbesondere in allen
18 Mehrpersonengremien Männer und Frauen mindestens zu je 40% vertreten sein müssen. Zu
19 Mehrpersonengremien gehören neben den geschäftsführenden Vorständen und den Vorständen u.a. auch
20 die Delegationen für die Parteitage.

21
22 Bundesweit lässt sich beobachten, dass viele UBs ihre Delegationen nicht quotiert haben. Dies bemängelt
23 auch der SPD-Parteivorstand im Beschluss „Für ein partnerschaftliches und gleichberechtigtes Miteinander
24 von Frauen und Männern“ anlässlich des 100. Jahrestages des internationalen Frauentages. Gerade im
25 Hinblick auf die öffentliche Debatte um die Quotierung in Aufsichtsräten der Dax30-Unternehmen ist es
26 wichtig, nicht nur zu fordern, sondern auch bei uns in der SPD die Quote einzuhalten. Nur so können wir
27 glaubwürdig für eine gesetzliche Mindestquote eintreten.

28
29 Zurzeit hat eine Unterschreitung der Quote keine Konsequenzen. Es besteht nur die Möglichkeit, die
30 Schiedskommission anzurufen. Dies soll durch den Antrag geändert werden. Die Nichtbeachtung der Quote
31 hätte für alle UBs sofort Konsequenzen. Die Stimmenzahl würde reduziert, bis die Quote wieder
32 hergestellt wäre, Männer und Frauen also zu je mind. 40% vertreten wären. Quotierte Parteitage wären
33 gesichert.

34
35
36